

im Unterschied zu anderen Genossenschaften und zu Kapitalgesellschaften, geldwerte Vorteilszuwendungen an ihre Mitglieder steuerlich generell freizustellen, würde den eingangs erwähnten Besteuerungsgrundsätzen widersprechen und verstiesse wohl auch gegen das Gleichbehandlungsgebot von Artikel 4 BV. Jedenfalls wurde in den bisherigen parlamentarischen Beratungen des Gesetzentwurfs über die direkte Bundessteuer kein dahingehender Antrag gestellt. Der Bundesrat gedenkt deshalb, in dieser Sache nichts Weiteres vorzukehren.

Präsident: Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates teilweise befriedigt.

87.959

Interpellation Humbel

Arbeitslose Aerzte

Médecins au chômage

Wortlaut der Interpellation vom 14. Dezember 1987

Einem Bericht in einem Wochen-Print-Medium entnehme ich, dass wir in unserem Land mehr als 70 arbeitslose Aerzte haben. Andererseits ist bekannt, dass das Rote Kreuz für den Einsatz von Aerzten im Ausland, insbesondere in Entwicklungsländern und auch in mit Kriegen belasteten Regionen, ein geringes Interesse der Aerzte, insbesondere von arbeitslosen Aerzten, feststellen muss. Vom Volk wird nicht verstanden, wenn ALV-Gelder ausbezahlt werden, wenn man für Aerzte genügend Einsatzmöglichkeiten hat.

Aus diesen Gründen bitte ich den Bundesrat, folgende Fragen zu beantworten:

1a. Wieviele arbeitslose Aerzte haben wir in unserem Land nach der letzten Statistik? Wie ist die Tendenz für die nächsten paar Jahre?

1b. Wieviele Aerzte benötigt das Rote Kreuz (SRK und IKRK) gegenwärtig für den Einsatz in den verschiedensten Aktionen? Wieviele in den nächsten Jahren?

2. Welche Hilfeleistung kann der Bundesrat dem Roten Kreuz (SRK und IKRK) für die Anstellung und den Einsatz von Aerzten gewähren?

Wie kann allenfalls die Sanitätsdirektorenkonferenz für ein Engagement zu Hilfe gezogen werden?

3. Besteht die Möglichkeit, durch die zuständigen Organe der Arbeitslosenversicherung arbeitslose Aerzte für den Einsatz zugunsten des Roten Kreuzes (SRK und IKRK) anzuhelfen und zu gewinnen?

4. Was gedenkt der Bundesrat insgesamt zu tun, damit arbeitslose Aerzte Stellen erhalten oder irgendwo engagiert werden und zum Einsatz kommen können (im In- und Ausland)?

Besteht hier ein Konzept?

Texte de l'interpellation du 14 décembre 1987

J'ai pu lire dans un magazine hebdomadaire qu'il y a plus de 70 médecins au chômage dans notre pays. Or, on sait que la Croix-Rouge ne trouve que difficilement des médecins, surtout des médecins au chômage, qui acceptent de partir à l'étranger, dans des pays en développement ou dans des contrées ravagées par la guerre. Le peuple ne comprend pas que des allocations de chômage soient versées alors qu'il existe suffisamment de possibilités d'emplois pour ces médecins.

Vu ce qui précède, je prie le Conseil fédéral de répondre aux questions suivantes:

1a. D'après les dernières statistiques, quel est le nombre de médecins au chômage dans notre pays? Quelles sont les prévisions pour les années à venir?

1b. De combien de médecins la Croix-Rouge (Croix-Rouge Suisse et Comité international de la Croix-Rouge) a-t-elle besoin pour ses différentes actions, aujourd'hui et dans les années à venir?

2. Quelle aide le Conseil fédéral peut-il accorder à la Croix-Rouge (CRS et CICR) pour le recrutement des médecins dont elle a besoin?

Comment la conférence des directeurs cantonaux des affaires sanitaires peut-elle, le cas échéant, contribuer à ce recrutement?

3. Est-il possible de trouver des médecins au chômage prêts à s'engager à la Croix-Rouge en s'adressant aux organes compétents de l'assurance-chômage?

4. Que pense faire le Conseil fédéral en général afin que les médecins au chômage obtiennent des emplois ou soient engagés quelque part (en Suisse ou à l'étranger)?

Existe-t-il un projet dans ce domaine?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Keine – Aucun

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 17. Februar 1988

Rapport écrit du Conseil fédéral du 17 février 1988

1a. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern arbeitslos gemeldeten Aerzte halbierte sich von etwa 150 im Frühjahr 1986 auf etwas über 70 im Oktober 1987. Sie umfasst sowohl schweizerische als auch ausländische Arbeitskräfte, wobei es sich mehrheitlich um jüngere Aerzte ohne Berufserfahrung handelt. Die Zahl der Studienanfänger für Humanmedizin ging seit 1981 ebenfalls um über ein Viertel zurück und entspricht derzeit dem Angebot an klinischen Studienplätzen an allen fünf medizinischen Fakultäten der Schweiz. Daher zeigt sich nach einer überdurchschnittlichen Zunahme an ausgebildeten Aerzten in den vergangenen Jahren heute wieder ein ausgeglicheneres Verhältnis auf dem Arbeitsmarkt.

1b. Die verschiedenen Aktivitäten des Roten Kreuzes erfordern den Einsatz zahlreicher Mitarbeiter; ihre Zahl lässt sich jedoch zum voraus nur schwer bestimmen. Im Jahresdurchschnitt werden beim IKRK 75 Aerzte benötigt.

2. Bund, Kantone und Gemeinden unterstützen die Hilfsprogramme und Aufbauprojekte des Roten Kreuzes seit Jahren mit Millionenbeiträgen. Die Rekrutierung der Aerzte für die verschiedenen Einsätze stösst jedoch auf zunehmende Schwierigkeiten. Die wegen erschwerten Lebens- und Arbeitsbedingungen hohen Anforderungen beruflicher und persönlicher Natur können von den arbeitslos gemeldeten Aerzten nur selten erfüllt werden.

Auf Anregung der Schweizerischen Sanitätsdirektorenkonferenz sollen in Zukunft die Universitätsspitäler interessierten Aerzten befristete Einsätze beim Roten Kreuz sowie die Wiederanstellung nach ihrer Rückkehr erleichtern helfen.

3. Nach geltendem Recht muss ein Arbeitsloser eine vom Arbeitsamt vermittelte Stelle annehmen, wenn sie zumutbar ist, d. h. den orts- und berufsüblichen Bedingungen entspricht und den persönlichen Verhältnissen Rechnung trägt. Der Lohn darf nicht geringer als die Arbeitslosenentschädigung ausfallen. Wenn dem Versicherten am Arbeitsort eine angemessene Unterkunft zur Verfügung steht, ist auch eine ausserwohörtliche Arbeit zumutbar. In diesem Rahmen können die Arbeitsämter arbeitslosen Aerzten in Grenzfällen eine Tätigkeit beim Roten Kreuz zuweisen. Das Problem der Arbeitslosigkeit lässt sich aber nicht generell durch Einsätze in der Entwicklungszusammenarbeit lösen. Solche Auslandseinsätze bieten besonders jüngeren Aerzten keine hinreichende Sicherheit für ihre berufliche Weiterentwicklung.

4. Die Dienste der öffentlichen Arbeitsvermittlung stehen jedem Stellensuchenden zur Verfügung. Die Arbeitsmarktbehörden unternehmen grosse Anstrengungen, um die Effizienz ihres Leistungsangebots zu steigern. Interessenten

stehen via Arbeitsamt und Biga auch Informationen über Arbeitsmöglichkeiten im Ausland zur Verfügung.

Präsident: Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates teilweise befriedigt.

87.969

Interpellation Longet

Berufliche Weiterbildung

Formation professionnelle en cours d'emploi

Wortlaut der Interpellation vom 16. Dezember 1987

Kann der Bundesrat eine erste Vollzugsbilanz zu den Bestimmungen über die berufliche Weiterbildung vorlegen und insbesondere folgende Fragen beantworten:

a. In welcher Beziehung steht Artikel 41 des BBG seiner Ansicht nach zu den anderen Weiterbildungswegen (Abendtechnikum, Abendgymnasium) einerseits und zur Umschulung von Arbeitslosen andererseits, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Chancengleichheit?

b. Hält er es nicht für notwendig, gesetzlich vorzusehen, dass der Arbeitgeber einem Arbeitnehmer, welcher sich auf einem der unter a. aufgeführten Bildungswege weiterbilden möchte, ein Minimum an Arbeitszeiterleichterungen zugehen muss, ohne jedoch bis zum bezahlten Bildungsurlaub zu gehen?

c. Beabsichtigt er, die Frage des Bildungsurlaubs den Räten im Verlauf dieser Legislaturperiode noch einmal vorzulegen?

d. Betrachtet er die Tatsache, dass es in der Regel nicht möglich ist, eine «Berufslehre in Etappen zu absolvieren» (Antwort des Bundesrates auf meine Anfrage 84.690) nicht als Hindernis, das den Erwerb von Titeln auf dem Weiterbildungsweg erschwert?

e. Ist er nicht der Ansicht, dass die strenge Abgrenzung zwischen Gymnasium und Berufslehre im Bereich der beruflichen Grundausbildung dem Inhalt von Artikel 6 des BBG («Die berufliche Grundausbildung bildet die Grundlage zur fachlichen und allgemeinen Weiterbildung») in dem Sinne entgegenwirkt, als gemeinsamer Unterricht, ein gemeinsamer Schulsack, die spätere Weiterbildung erheblich erleichtern würde? Im übrigen ist ja in letzter Zeit empfohlen worden, den Mittelschulunterricht praxisbezogener zu gestalten. Die Verbindung einer solchen Annäherung an die Praxis liesse sich am besten mit den fakultativen Kursen herstellen.

Texte de l'interpellation du 16 décembre 1987

Le Conseil fédéral peut-il présenter un premier bilan de l'application des dispositions relatives à la formation professionnelle en cours d'emploi?

En particulier:

a. Comment évalue-t-il l'articulation entre les dispositions de l'article 41 LFPr avec d'une part les autres voies de formation en cours d'emploi (études techniques et gymnasiales du soir), le recyclage de personnes ayant perdu leur emploi d'autre part, notamment sous l'angle de l'égalisation des conditions?

b. N'estime-t-il pas nécessaire que la loi prévoie que l'employeur doit accorder au salarié désireux de se perfectionner par les voies de formations visées sous a. un minimum d'assouplissement des horaires de travail, sans aller jusqu'au congé-formation rémunéré?

c. Envisage-t-il de reposer aux Chambres la question du congé-formation au cours de la législature?

d. Ne considère-t-il pas comme un obstacle à l'acquisition de titres en cours d'emploi le fait qu'il n'est en règle géné-

rale pas possible «d'accomplir un apprentissage en plusieurs étapes» (réponse à ma question 84.690)?

e. Ne considère-t-il pas que la séparation radicale opérée sur le plan de la formation initiale entre études gymnasiales et apprentissage contrecarre le contenu de l'article 6 LFPr («la formation professionnelle constitue le fondement du perfectionnement des connaissances») en ce sens que des cours communs, un bagage commun amélioreraient notablement les possibilités ultérieures de perfectionnement? Par ailleurs, les dernières thèses relatives à la révision de l'ORM prônent une ouverture plus grande des études gymnasiales vers la pratique. Les cours facultatifs seraient en particulier des moyens de permettre ce lien.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Ammann, Bäumlin Richard, Bäumlin Ursula, Béguelin, Bodenmann, Borel, Braunschweig, Brügger, Carobbio, Danuser, Euler, Fankhauser, Hafner Ursula, Haller, Lanz, Ledergerber, Matthey, Mauch Ursula, Morf, Ott, Pitteloud, Rechsteiner, Ruffy, Uchtenhagen, Ulrich, Zbinden Hans, Züger (27)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit
L'auteur renonce au développement et demande une réponse écrite.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 29. Februar 1988

Rapport écrit du Conseil fédéral du 29 février 1988

Le Conseil fédéral publie dans le rapport annuel de gestion un compte rendu détaillé sur l'application des mesures relatives au perfectionnement professionnel. Par ailleurs, les offices fédéraux confrontés à ce problème en font de même dans leurs publications périodiques («La vie économique», «Actualité statistique», «Statistique officielle de la Suisse» etc.). Un bilan de nature générale dépasserait le cadre de la réponse à cette interpellation. Le Conseil fédéral ne se prononce donc que sur les questions concrètes:

a. L'article 41, 1er alinéa, de la loi fédérale sur la formation professionnelle (LFPr) donne aux personnes majeures qui n'ont pas appris la profession selon ladite loi la possibilité de subir ultérieurement l'examen de fin d'apprentissage. Il s'agit d'une mesure qui relève de la formation professionnelle de base. L'acquisition du certificat fédéral de capacité est la condition *sine qua non* pour accéder à un perfectionnement professionnel tel que l'examen professionnel, l'examen professionnel supérieur (maîtrise) ou l'école technique supérieure (école d'ingénieurs). L'article 41 LFPr ne peut s'appliquer aux mesures de recyclage des chômeurs, car une expérience pratique relativement longue, variant de trois à six ans selon la durée de formation de la profession, est exigée pour être admis à l'examen de fin d'apprentissage.

b./c. Le Conseil fédéral est d'avis que les salariés désireux de se perfectionner doivent disposer du temps nécessaire. Il accueille favorablement les conventions allant dans ce sens, aussi bien celles passées entre partenaires sociaux que celles liées à un contrat de travail individuel. En ce qui concerne le congé-formation, il se prononcera au cours de la présente législature, en réponse à une motion déposée par un conseiller national.

d. L'absence d'une possibilité de qualification professionnelle «en plusieurs étapes» ne fait pas obstacle à une promotion professionnelle. Les élèves qui ont achevé des études gymnasiales avec succès peuvent, par le biais d'un apprentissage réduit ou d'une pratique dirigée, fréquenter des cours ou des écoles qui leur permettront de faire carrière dans la profession de leur choix.

e. L'objectif de la formation professionnelle de base, tel que décrit à l'article 6 LFPr porte sur l'apprentissage, la formation élémentaire et les écoles de commerce. L'acquisition de l'habileté et des connaissances requises pour l'exercice d'une profession est mise au premier plan. Le fait que l'enseignement de la culture générale dans le cadre de la formation professionnelle n'ait, par rapport à celui dispensé dans les écoles préparant à la maturité, qu'une fonction

Interpellation Humbel Arbeitslose Aerzte

Interpellation Humbel Médecins au chômage

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1988
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	87.959
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.03.1988 - 08:00
Date	
Data	
Seite	456-457
Page	
Pagina	
Ref. No	20 016 244

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.